

Kantone = Cantons = Cantoni

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile**

Band (Jahr): **41 (1994)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



AARGAU

Die kantonale Katastrophenorganisation und insbesondere die Gemeinden mit ihren Mitteln hielten der Belastung stand

Die Bewältigung des Jahrhunderthochwassers im Kanton Aargau

Die schweren Überflutungen, die am 19. und 20. Mai den Kanton Aargau heimsuchten, zeigten in ihrem Verlauf ein ähnliches Bild wie vergleichbare Ereignisse: Die Bäche und Flüsse traten rasch und beinahe zeitgleich vielerorts über die Ufer. Die latente Gefahrenlage wandelte sich unvermittelt zur Grossschadenlage. In dieser Situation waren ein weiträumiger Überblick, die Koordination der Kräfte sowie rasches und richtiges Handeln gefragt. Die Aargauer hatten die Situation jederzeit im Griff. Das geht aus dem protokollarisch nüchtern verfassten Auswertungsbericht der kantonalen Katastrophenorganisation hervor.

EDUARD REINMANN

Die heftigen Regenfälle in den Tagen nach Mitte Mai liessen die Gewässer rasch anschwellen. Warnsignale kündigten sich jedoch kaum an. Noch am Vormittag des 18. Mai wurde die Prognose für eine fünf bis zehnjährliche Hochwasserabflussspitze in den Hauptflüssen gestellt, was nicht als bedrohlich bezeichnet werden kann. Das änderte sich jedoch rasch in der Nacht vom 18. auf den 19. Mai. Kurz nach Mitternacht ging bei der Einsatzzentrale der Kantonspolizei Aargau die erste Meldung über grosse Wassermassen auf der Strasse zwischen Boswil und Waltenschwil ein, gefolgt von immer mehr gleichgelagerten Meldungen aus dem ganzen Kantonsgebiet. Um 3.30 Uhr erreichte die Reuss die im August 1993 eingeführte Alarmgrenze. Um vier Uhr in der Frühe wurden die ersten Kellerüberflutungen infolge Hochwasser führender Bäche gemeldet. Ungefähr zum gleichen Zeitpunkt musste die Nationalstrasse N1 zwischen Aarau Ost und Aarau West bei der Überführung Suhr wegen Überflutung gesperrt werden. Am Vormittag des 19. Mai erreichten die Reuss, die Aare und der Rhein die statistisch ermittelte Wiederkehr-

periode eines 50jährigen Hochwassers. Um 14 Uhr wurde für den Rhein bei Rheinfelden gar ein 200jähriger Hochwasserwert ermittelt. Die Hauptbäche Bünz, Aabach, Wyna und andere Gewässer waren schon in der Nacht und im Laufe des Tages über die Ufer getreten. Erst in der Nacht vom 19. auf den 20. Mai zeichnete sich von den Messwerten her eine Entspannung ab. Mit Ausnahme der Aare gingen bei allen Flüssen und Bächen die Abflüsse kontinuierlich zurück.

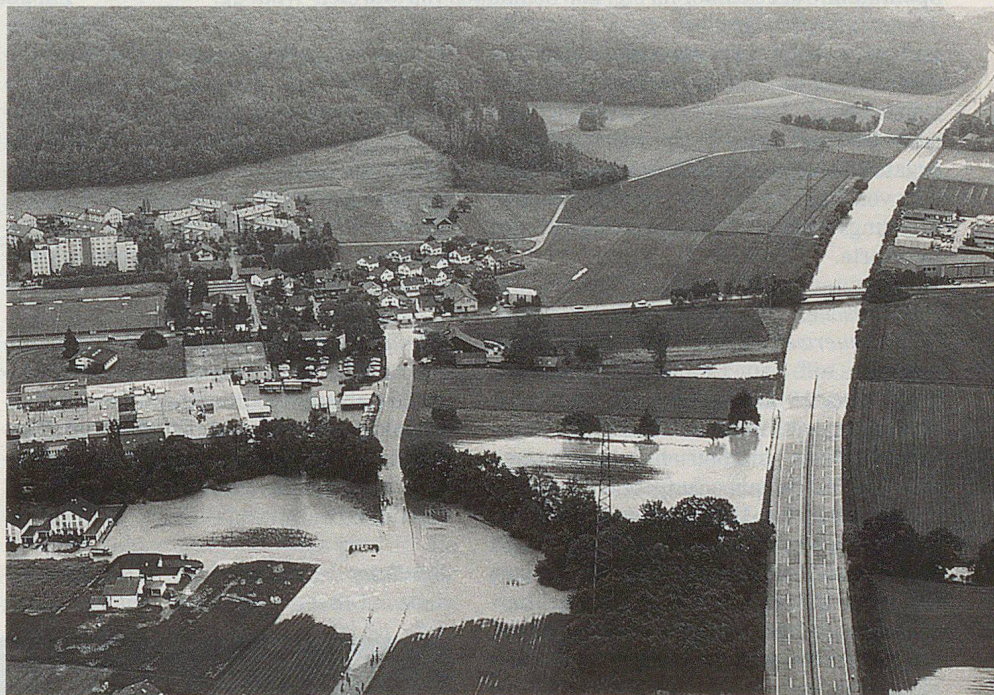
Alarm um 4 Uhr morgens

Die sich kumulierenden Überflutungsmeldungen aus dem ganzen Kanton veranlassten die Einsatzzentrale der Kantonspolizei um 4 Uhr morgens am 19. Mai den Polizeikommandanten Dr. Léon Borer zu informieren, welcher unter anderem die Alarmierung der Katastrophenorganisa-

tion des Regierungsrates. Mit dabei waren auch Landammann Dr. Thomas Pfisterer und Regierungsrat Silvio Bircher. Zur Nachrichtenbeschaffung und Kontaktaufnahme mit den am schlimmsten betroffenen Gemeinden und Betrieben wurden zwei Armeehelikopter eingesetzt, was sich sehr gut bewährte. Die Lage wurde laufend beurteilt und die erforderlichen Massnahmen unverzüglich eingeleitet. Die kantonale Katastrophenorganisation (Teile) blieb bis um 12 Uhr am 20. Mai im Einsatz. Ab diesem Zeitpunkt bis zum 24. Mai wurde eine Pikettstellung der Mitglieder, die sich im Einsatz befunden hatten, angeordnet.

Massnahmen und Anordnungen

Die klare Gliederung der Katastrophenorganisation erlaubte eine gezielte Auftragserteilung. Die Vernetzung der Mitglieder



Die Nationalstrasse N1 im Raum Gränichen-Suhr.

FOTOS: ZVG

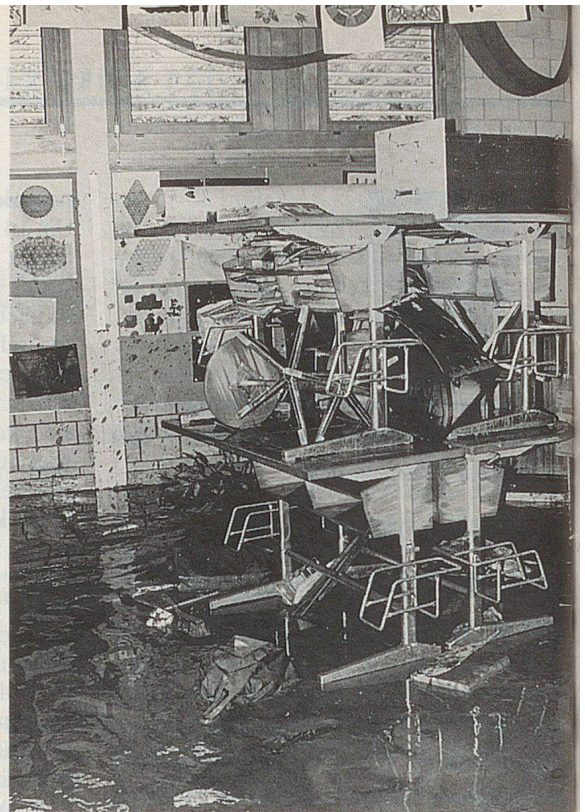
tion, als Teil des Kantonalen Führungsstabes, anordnete. Der stellvertretende Stabschef des Kantonalen Führungsstabes (KFS) Martin Widmer, wurde umgehend durch die Kapo-Einsatzzentrale über die aktuelle Lage ins Bild gesetzt. Widmer bot die ganze Kerngruppe A der Katastrophenorganisation ins Polizeikommando auf, wo mittlerweile ein «KP Rück» im Lagebüro des Polizeikommandos eingerichtet worden war. Nach einer ersten Lagebeurteilung wurden weitere Spezialisten von den Abteilungen Feuerwehrwesen, Umweltschutz, Tiefbau, Landschaft und Gewässer sowie der Abteilung Zivile Verteidigung beigezogen. Hinzu kam der

der kantonalen Katastrophenorganisation und der Kapo funktionierte ausgezeichnet und die Zusammenarbeit war optimal. Nachstehend sind einige der wichtigsten Massnahmen und Anordnungen pro Fachbereich mit den daraus abgeleiteten Erkenntnissen aufgeführt.

Kantonspolizei. In der Nacht ergingen Erkundungsaufträge an den Aussendienst. Die Verkehrspolizei musste sich zur Hauptsache mit der Sperrung der N1 und den lokalen und regionalen Umleitungen befassen. Verkehrsinformationen an das Radio wurden durchgegeben, die Lageentwicklung laufend verfolgt und visualisiert,



Spontanhilfe der Schüler im eigenen Schulhaus von Möriken-Wildegg.



Ein überflutetes Schulzimmer in Möriken-Wildegg.

und es erfolgten Kontaktaufnahmen mit Amtsstellen in Nachbarkantonen und in Deutschland. Die Polizei erwies sich als schnelles und zuverlässiges Erkundungsorgan. Es zeigte sich zudem, dass der Einsatz von Helikoptern als Erkundungs- und Führungsmittel sich ausserordentlich gut bewährte.

Aargauisches Versicherungsamt, Abteilung Feuerwehren. Ab Mitternacht, vom 18. auf den 19. Mai, wurden von sämtlichen 18 kantonalen und zwei ausserkantonalen Feuermeldestellen insgesamt 149 Orts- und Betriebsfeuerwehren – zum Teil mehrmals – aufgeboten. Vereinzelt mussten um Hilfe suchende Gemeinden durch Nachbarschaftshilfe unterstützt werden. Mehrheitlich funktionierte jedoch die nach Gesetz verpflichtende Nachbarnhilfe bis sechs Kilometer ausgezeichnet. Das Ereignis war in den ersten zwölf Stunden gezeichnet durch viele unterbrochene Verkehrswege und Verbindungen. Dank der Tatsache, dass 218 Gemeinden eine eigene Feuerwehr haben und 14 eine gemeinsame und dass 30 Betriebsfeuerwehren flächendeckend über den Kanton verteilt sind, konnte sehr rasch und effizient Hilfe geleistet werden.

Informationsdienst. Es hat sich gezeigt, dass die punktuelle und selektive Teilnahme von Medienvertretern an Aktivitäten der kantonalen Katastrophenorganisation und seiner Vorgesetzten (Regierungsrat) zu guten Resultaten in der Berichterstattung geführt hat. Die Zusammenarbeit mit den Medien (Presse, Radio und Fernsehen) verlief problemlos. Die Berichterstattung über das Ereignis war in allen

Medien sachbezogen und umfassend. Bewährt hat sich die erstmals aktivierte Übertragungsleitung aus dem Polizeikommando in das Regionalstudio Aarau von Schweizer Radio DRS und die damit verbundene dauernde Präsenz eines Radioredaktors mit raschem Zugang zu Informationen in der Nähe der kantonalen Katastrophenorganisation.

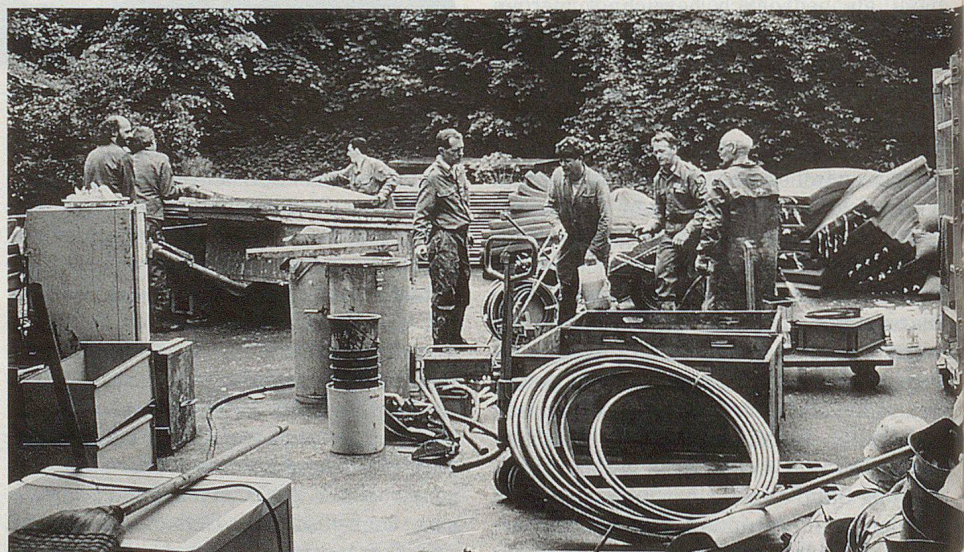
Abteilung Landschaft und Gewässer. Die seit Anfang 1993 eingeführten Hochwasservorwarnungen (Prognosen der Landeshydrologie) haben sich einmal mehr bewährt. Die Pikettorganisation der Abteilung Landschaft und Gewässer hat gut funktioniert.

Abteilung Umweltschutz, Baudepartement. Dessen Vertreter hatten sich

schwergewichtig mit folgenden Problemen auseinandersetzen: Überschwemmung der Ems-Chemie in Dottikon, Gefährdung durch «schwimmende» Öltanks, Verifizierung von Meldungen über Öllachen auf der Wasseroberfläche, Ausfall von Kläranlagen. Es traten zahlreiche Probleme zutage, so bei der Lagerung von Chemikalien, bei Tankanlagen und Kläranlagen.

Gesamthaft gute Noten

Die gut eingespielte kantonale Katastrophenorganisation nahm ab Aufgebot sofort die Koordination der eingegangenen Hilfesuche auf. Ihre Hauptaufgabe bestand darin, die aktuelle Lage laufend zu beurteilen, Entwicklungs- und Friktionsmöglichkeiten zu erkennen und wichtige Massnahmen und Anordnungen zu tref-



Einsatz des Zivilschutzes in Möriken-Wildegg.

fen. Einen Schwerpunkt bildete die Aufrechterhaltung der Verbindungen zu den meistbetroffenen Gemeinden und Betrieben.

Die geleistete Arbeit in den Gemeinden war effizient und zweckmässig. Mit Genuß konnte festgestellt werden, dass diese die Probleme mit den eigenen Mitteln zu lösen versuchten. Wo dies nicht möglich war, konnte auf die nachbarliche und regionale Hilfe gezählt werden. Die Ausbildungsanstrengungen der letzten Jahre durch die Abteilung Zivile Verteidigung bei der Ausbildung der Gemeindeführungsstäbe erwies sich als grosser Nutzen. ▀

Zivilschutz und Armee

In besonders stark betroffenen Gemeinden gelangten Zivilschutzangehörige zum Einsatz, am 19. Mai mit 180 Mann und am 20. Mai mit 100 Mann. In den folgenden Tagen und Wochen kamen noch viele Dienstage für Aufräumarbeiten hinzu. Eine genaue Erhebung der geleisteten ZS-Tage wird gegenwärtig durch die Abteilung Zivile Verteidigung durchgeführt.

* * *

Angehörige der Armee leisteten Spontanhilfe. Ein Zug der Genie RS Brugg füllte am 19. Mai Sandsäcke ab und ein Zug der Genie RS Bremgarten wurde am 20. Mai in Dottikon für Aufräumarbeiten eingesetzt. 15 Angehörige des Fest Reg 21 leisteten im Raum Brugg Spontanhilfe. Weitere Hilfsangebote mussten nicht beansprucht werden.

* * *

Bei der Bewältigung der Schadenlage konnte einmal mehr festgestellt werden, dass die Mittel und Möglichkeiten des kantonalen Zeughauses sich optimal zur Spontanhilfe eignen. Personelle und materielle Unterstützungen sowie durchgeführte Transporte erwiesen sich als äusserst wirkungsvoll.

* * *

Die kantonale Katastrophenorganisation informierte am 19. Mai, morgens, alle privaten und öffentlichen Rettungsdienste, dass auf der Einsatzzentrale eine Auskunft- und Beratungsstelle bezüglich des Strassennetzes für Notfalltransporte eingerichtet wurde. Somit konnten diese vor ihrem Ausrücken die noch offenen Anfahrtswege zu ihrem Einsatzort erfragen.



BERN

Hat im und mit dem Zivilschutz viel erreicht und geht demnächst in Pension: Franz Reist, Chef des kantonalbernerischen Zivilschutzamtes

«Unser Zivilschutz steht im Aufwind»

Ende August 1994 tritt Franz Reist, Vorsteher des Amtes für Zivilschutz des Kantons Bern, in den wohlverdienten Ruhestand. «Zivilschutz» hat sich mit ihm über die Verwirklichung des Leitbildes 95 und die daraus resultierende verstärkte Zusammenarbeit aller Verbundpartner unterhalten.

HANS JÜRIG MÜNGER

Herr Reist, Sie haben kürzlich einmal erklärt, der gesellschaftliche Wandel sei für die Akzeptanz des Zivilschutzes in der Bevölkerung mitbestimmend. Ist es denn in «Ihrem» Kanton Bern gut oder schlecht ums Zivilschutz-Image bestellt?

Der Zivilschutz ist meines Erachtens besser, als er ab und zu in den Medien dargestellt wird. Allerdings sind hier in den letzten Monaten doch Verbesserungen zu konstatieren. Vermutlich wurden vom Zivilschutz in früheren Jahren wie überall auch gewisse Fehler gemacht. Dies geht in die sechziger und vielleicht noch siebziger Jahre zurück. Vor allem wurde zuwenig über die gute eigene Arbeit berichtet. «Tue Gutes und sprich darüber» – diesen Spruch hat sich der Zivilschutz nun jedoch mit Erfolg seit einiger Zeit zur Maxime gemacht.

Im Kanton Bern haben verschiedene Umstände, wie die häufiger gewordenen Überschwemmungen, Sturmschäden und anderen grossen Schadenereignisse, unserem Zivilschutz die Gelegenheit gebracht, die Bevölkerung von seiner Leistungsfähigkeit und Notwendigkeit zu überzeugen. All die vielen Gemeinden und Kooperationen, die von den rund 200 000 Zivilschutz-Einsatztagen der letzten Jahre profitieren konnten, haben heute eine bessere Vorstellung vom Zivilschutz als früher.

Es ist halt einfach so: Schlechtere oder bessere Zivilschützer gibt es nicht; es gibt bloss schlechter oder besser geführte Formationen. Dies gilt allerdings nicht nur für

den Zivilschutz, sondern genau gleich auch für die Feuerwehr, die Damenriege oder den Männerchor. Kurz, der Zivilschutz steht heute glücklicherweise bei der Bevölkerung und den Medien nicht nur in unserem Kanton im Aufwind. Ganz besonders deshalb, weil wir ja jetzt noch mehr als bisher im Verbund mit unseren Partnern der Nothilfe konstruktiv zusammenarbeiten.

Apropos Zusammenarbeit im Verbund: Kann es in den Gemeinden, die ja weiterhin die Hauptträgerinnen des Zivilschutzes bleiben, nicht zu Kompetenzstreitigkeiten zwischen den einzelnen Notfall- und Rettungsorganisationen kommen?

Schon möglich, aber dem beugen wir ja vor. In der Gemeinde haben wir als unsere Partner die Feuerwehr, die Polizei, den Samariterverein, die Gemeindebetriebe und vielleicht noch weitere Organisationen. Um diese gemeinsame Hilfs- und Rettungstätigkeit effizient erledigen zu können, müssen die einzelnen Schnittstellen überprüft werden. Jeder Partner muss dort seine Hilfe anbieten, wo seine Stärken liegen.

Wo sehen Sie denn diese Schnittstellen auf Gemeindeebene?

Hier kommt es natürlich auf die Grösse der Gemeinde an. Grundsätzlich können wir sagen, dass bei einem wichtigen Schadenereignis wie Grossbrand, Überschwemmung, zivilisationsbedingter Notfall usw. der Ersteinsatz Sache der Feuerwehr ist, die ja über eine spezialisierte Ausrüstung verfügt. Meist verschieben sich jedoch nach wenigen Stunden Einsatz die Gewichte: Nun geht's darum abzusperren, den Verkehr umzuleiten, aufzuräumen usw. Gestützt auf das Zivilschutz-Leitbild müsste hier meines Erachtens geprüft werden, ob nicht der Zivilschutz solche Arbeiten zur Entlastung der Partner übernehmen sollte. Schliesslich muss ja der Schutzdienstpflichtige im Rahmen seiner Weiterbildung solche oder ähnliche Einsätze mindestens zwei Tage pro Jahr üben. Warum den Zivilschutz also nicht praktisch einsetzen? Um so mehr, als diese Nothilfe-Einsätze an die Ausbildungspflicht angerechnet werden.

Der Verbund muss, einfach gesagt, spätestens dann zum Tragen kommen, wenn sich das Schadenereignis über längere Zeit hinzieht. Die Aufgebotskompetenz für Teile des Zivilschutzes muss meiner Meinung nach vorsorglich direkt an den Einsatzleiter der Feuerwehr delegiert werden.

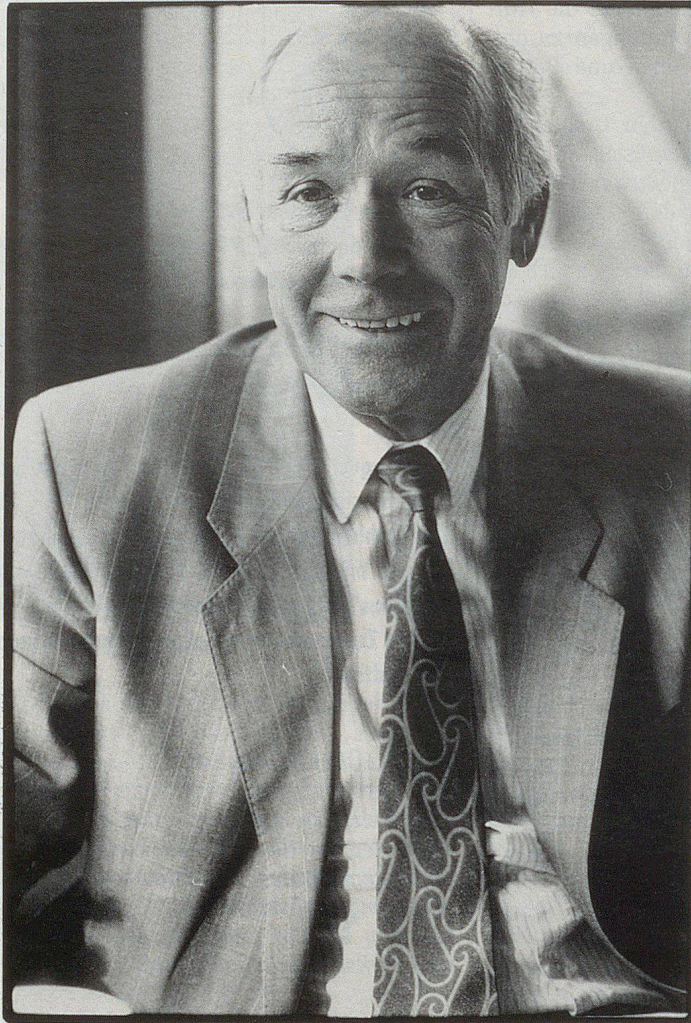
Dies ist möglich; gute Beispiele beweisen dies. Der Gemeinderat kann diese Kompetenz delegieren. Dies ermöglicht den Feuerwehrkommandanten, unverzüglich jene Mittel einzusetzen, die er als zweckmässig und am kostengünstigsten erachtet. Dies können Rettungszüge sein, aber auch logistische Mittel für die Betreuung, die Verpflegung usw. Was der Zivilschutz ebenfalls sofort anbieten kann, ist das Personal samt Infrastruktur für den Betrieb eines Führungsraums, wo Krisenstab und Behörde Lagebesprechungen vornehmen können.

Heute darf es nicht mehr ums Prestige gehen, wer wofür zuständig ist (oder sein darf). Es muss vielmehr darum gehen, möglichst zweckmässig und rasch Hilfe leisten zu können!

Seitens der Feuerwehr sieht man die fehlende soziale Gleichstellung mit dem Zivilschutz vielfach als Hemmnis für eine gute Zusammenarbeit im Verbund. Was meinen Sie dazu?

Natürlich ist der Wunsch nach Gleichstellung verständlich. Wir müssen aber sehen, dass die Übernahme von Aufgaben wie Brandbekämpfung auch ab Kriegsmobilmachung – künftig Sache der Feuerwehr – nichts anderes ist als die Fortsetzung ihres Auftrags in Friedenszeiten. Zu diesem Zweck werden sie von der Dienstleistung im Zivilschutz befreit, was auch nicht zu übersehen ist. Störend ist, dass in der glücklicherweise wenig wahrscheinlichen Bedrohungslage Kriegs Mob für die Feuerwehrleute keine Erwerbsersatzordnung (EO) vorgesehen ist.

Ich unterstütze alle Bestrebungen zur raschen Einführung der sozialen Gleichstellung der Ersteinsatzkräfte, also jener Leute, welche heute die Sicherheit der Bevölkerung zu garantieren haben. Damit kommt auch die Akzeptanz des Verbundes besser voran. Vielleicht müssen wir aber zuerst das Verbunddenken und die Bereinigung der Schnittstellen in eigener Initiative umsetzen. Ob beispielsweise im Kanton Bern 45 000 Feuerwehrleute für den Erwerbsersatz angemeldet werden oder nur die vielleicht 5 000 bis 6 000 hochspezialisierten Ersteinsatzkräfte, ist ein gros-



Franz Reist

ser Unterschied. Eine weitere Frage ist die, ob nicht infolge Reduktion der Feuerwehrbestände generell und unter Beizug der Zivilschutzformationen in allen möglichen Fällen Geld eingespart werden könnte, um damit die Ersteinsatzkräfte heute schon anders zu entschädigen.

Kommen wir noch zum Rückblick: Nach zehn Jahren als Ortschef in Biel sind Sie vor zwölf Jahren als Chef des kantonalen Amtes nach Bern berufen worden. Welche Erinnerungen haben Sie, wenn Sie auf diese Zeit zurücksehen?

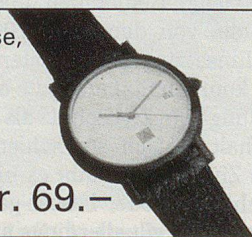
Die Jahre in Biel und insbesondere im Zivilschutz auf Kantonsebene betrachte

ich rückblickend als aussergewöhnliche Jahre. Kurz und ehrlich gesagt, hat mich das Berufsleben voll befriedigt. Meine Aufgabe in all den Jahren und die Chancen, die sie mir bot, haben mir erlaubt, einen wichtigen Abschnitt im Zivilschutz abzuschliessen – natürlich auch im Wissen darum, dass auf meinen Nachfolger in der Amtsleitung neue anforderungsreiche Arbeiten warten.

Vielen Dank, Herr Reist, für dieses Gespräch. Im Namen des Schweizerischen Zivilschutzverbandes und der «Zivilschutz»-Redaktion wünsche ich Ihnen eine interessante Zeit in bester Gesundheit. ▀

- Armbanduhr, Quarz, Swiss made, Metallgehäuse, wasserdicht
- Montre suisse à quartz, boîtier noir, étanche
- Orologio svizzero al quarzo, metallo, stagno

Fr. 69.-



Bestellung / commande / ordinazione:



Schweizerischer Zivilschutzverband
Postfach 8272
3001 Bern
Telefon 031 381 65 81

Selon M. Franz Reist, sur le point de prendre sa retraite et qui a obtenu au cours de sa carrière de nombreux résultats en faveur de la PCI:

«Notre protection civile a le vent en poupe»

JM. Fin août 1994, M. Franz Reist, chef de l'Office de la protection civile du canton de Berne, se démettra de sa charge pour une retraite pleinement méritée. La revue «Protection civile» s'est entretenue avec lui de la réalisation du plan directeur 95 et du renforcement de la collaboration entre les différents partenaires qui en résultera.

M. Reist, vous avez récemment déclaré que l'évolution de la société tendait vers une meilleure acceptation de la protection civile par la population. Qu'en est-il dans «votre» canton de Berne?

La réputation de la protection civile est à mon avis meilleure que ne le prétendent parfois les médias. Il est vrai que l'on a constaté une amélioration au cours de ces derniers mois. Certaines erreurs ont probablement été commises, ici comme ailleurs, dans les années 60, voire 70. La qualité du travail n'a pas été suffisamment mise en exergue. «Bien faire et le faire savoir», telle est désormais la maxime appliquée avec succès par la protection civile. Ouragans, inondations et autres cataclysmes, plus fréquents qu'autrefois, ont permis de prouver à la population la capacité d'intervention et l'utilité de la PCI. Toutes les communes et toutes les institutions officielles, qui ont bénéficié au cours de ces dernières années d'une aide équivalente à 200 000 jours d'interventions, ont une meilleure opinion à notre égard que par le passé.

Force est de reconnaître qu'il n'existe ni de moins bons ni de meilleurs astreints à servir dans la protection civile, mais uniquement des formations moins bien ou mieux dirigées. Cela vaut aussi pour les sapeurs-pompiers et pour toute autre société. Il est en outre réjouissant de constater que la protection civile a le vent en poupe non seulement dans notre canton, mais aussi, plus largement, auprès de la population et des médias. Cela tient en particulier au renforcement de la coopération avec nos partenaires des secours urgents.

En ce qui concerne précisément la coopération, une question se pose: ne peut-on

pas craindre dans les communes, principal support de la protection civile, des tiraillements lors de la répartition des compétences entre les différentes organisations engagées en cas de secours urgents?

On ne saurait l'exclure, mais nous veillons à prévenir une telle éventualité! Nos partenaires dans les communes sont les sapeurs-pompiers, la police, les associations de samaritains, les services techniques de la commune et, parfois aussi, diverses autres organisations. Pour que leur activité conjointe soit efficace, il faut soigneusement étudier la répartition des responsabilités. Chaque partenaire doit apporter son aide en fonction de ses forces.

Comment voyez-vous l'attribution des compétences à l'échelon communal?

Cela dépend de l'importance de la commune. Dans les cas de catastrophes, tels que grands incendies, inondations ou sinistres d'origine technique, la première intervention est généralement du ressort des sapeurs-pompiers, qui sont dotés d'un équipement spécialisé. Après quelques heures d'engagement, les tâches ne sont souvent plus les mêmes. Elles exigent par exemple que l'on remette de l'ordre, installe des barrages ou dévie la circulation. Il serait donc souhaitable que la PCI décharge ses partenaires en exécutant ces tâches, conformément au plan directeur. Les personnes astreintes à servir dans la protection civile sont en définitive tenues de s'exercer à de tels engagements chaque année; durant deux jours, dans le cadre des cours de perfectionnement.

La coopération sera une nécessité en cas d'engagement prolongé. La compétence de convocation d'éléments de la protection civile devra être attribuée directement, par précaution, au chef d'intervention des sapeurs-pompiers. Cela est possible. Nombre d'exemples le confirment. Le conseil communal est effectivement habilité à déléguer cette compétence. Les commandants des sapeurs-pompiers pourront ainsi immédiatement engager les moyens qui leur paraissent adéquats et financièrement avantageux. Leur choix pourra se porter sur des sections de sauvetage, sur la logistique ou, autre éventualité, sur les subsistances. La protection civile est aussi en mesure de fournir immédiatement du personnel à même d'assurer l'exploitation d'un local de conduite abritant l'état-major de crise et les autorités appelés à débattre de la situation. Aujourd'hui, il ne devrait plus être question de prestige ou d'attribution des compétences, mais d'aptitude à apporter rapidement une aide adéquate.

Du côté des sapeurs-pompiers, l'absence d'égalité sociale avec la protection civile semble souvent faire obstacle à la coopération. Qu'en pensez-vous?

Le désir d'aspirer à l'égalité est naturellement compréhensible. Force est toutefois de constater que la reprise de tâches, telles que la lutte contre le feu, restera, dès la mobilisation de guerre et conformément à la mission à remplir en temps de paix, l'affaire des sapeurs-pompiers. D'où la nécessité d'exempter ces derniers de l'obligation de servir dans la protection civile. Il est choquant, aujourd'hui où une mobilisation de guerre paraît heureusement peu vraisemblable, qu'aucune disposition relative à une allocation pour perte de gain ne soit prévue. Je soutiens tous les efforts visant à assurer rapidement l'égalité sociale des forces d'intervention, en l'occurrence de toutes les personnes responsables de la sécurité de la population. La coopération n'en sera que meilleure. Peut-être devrions-nous promouvoir concrètement cette coopération et prendre l'initiative d'affiner la répartition des compétences. Que l'on compte, par exemple, comme force d'intervention dans le canton de Berne 45 000 sapeurs-pompiers ou, peut-être, seulement 5 000 ou 6 000 spécialistes, la différence est naturellement considérable. On peut aussi se demander si la réduction générale des effectifs des sapeurs-pompiers et la mise à contribution des formations de la protection civile ne permettraient pas de réaliser des économies. On pourrait ainsi, sans délai, dédommager différemment les forces d'intervention.

Effectuons à présent un rapide retour en arrière: après dix ans passés à Bienne comme chef local, vous avez été appelé à Berne, voici douze ans, comme chef de l'Office cantonal. Quelles réflexions cela vous inspire-t-il aujourd'hui?

Mes années vécues à Bienne, et en particulier dans la protection civile à l'échelon cantonal, m'apparaissent aujourd'hui comme exceptionnelles. A vrai dire, ma vie professionnelle m'a pleinement comblé. Ma tâche, répartie sur plusieurs années, ainsi que la chance dont j'ai bénéficié m'ont permis de mener ma mission à terme, en sachant toutefois que demain et après-demain, d'autres travaux incomberaient à mon successeur.

M. Reist, je vous remercie de cet entretien. Au nom de l'Union suisse pour la protection civile et de la rédaction de «Protection civile», je vous souhaite une excellente santé et une agréable retraite. ▀

Zivilschutzverband Emmental-Oberaargau

Mutationen im Vorstand

Mit dem Experimentalvortrag über die Gefahren der Elektrizität, gehalten von Fritz Wyss, Gebäudeversicherung des Kantons Bern, eröffnete Präsident Walter Kohler die Mitgliederversammlung des Zivilschutzverbandes Emmental-Oberaargau im RAZ Bätterkinden.

CHRISTA ROTHEN

Sämtliche traktandierten Geschäfte wurden oppositionslos abgewickelt. Der Jahresbericht des Präsidenten sowie der Jahresbericht der Fachkommission erinnerte an viele, unvergessliche Anlässe. Die von Heinz Moser sauber geführte Jahresrechnung, das Budget 1994 sowie die Mitgliederbeiträge, 40 Franken für Einzelmitglieder und 90 Franken für die Gemeinden,

Vereine, Gesellschaften und Institutionen, wurden einstimmig genehmigt. Die neu überarbeiteten Statuten wurden mit einem kräftigen Applaus an den Initiator Claus Widmer gutgeheissen.

Auch dieses Jahr fanden Ehrungen statt. Nelly Christen und Claus Widmer traten nach langjähriger Mitarbeit aus dem Vorstand zurück, wie auch Rechnungsrevisor Ernst Rothenbühler. Walter Kohler dankt den Zurücktretenden für die geleistete Arbeit und überreicht ihnen ein Geschenk und einen Blumenstraus. Einstimmig wählte die Versammlung Jean-Pierre Ruch, Etzelkofen, und Christa Rothen, Bäriswil, in den Vorstand. Theo Stalder, Rüegsau, übernimmt neu das Amt des Rechnungsrevisors.

Im Tätigkeitsprogramm 1994 ist unter anderem eine Demonstration über den Einsatz von Katastrophenhunden sowie ein Vortrag mit Besichtigung der Notfallplanung auf dem Flughafen Belp vorgesehen. ▲

Zivilschutzinstruktoren-Vereinigung
des Kantons Bern (ZSIV/BE)

Start ist geglückt

Am 31. Mai führte die ZSIV/BE unter der Leitung von Robert Schindler im Regionalen Ausbildungszentrum Ostermundigen ihre erste Generalversammlung durch.

PETER FREUDIGER

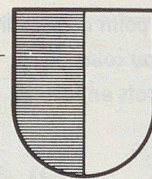
Der Besuch war allerdings nicht überwältigend, nahmen doch nur 18 der insgesamt 62 Aktivmitglieder teil. Mit dabei war auch Christian Rubin vom kantonalen Amt. Der Start der neuen Vereinigung kann als geglückt bezeichnet werden. Als

erster Anlass im ersten Vereinsjahr stand ein Instruktorforum im Ausbildungszentrum der Stadt Bern auf dem Programm. Dabei kamen die Ängste und Probleme der nebenamtlichen InstruktorInnen zum Vorschein. Der Ausbildungschef Hess vom BZS und der kantonale Ausbildungschef Rubin standen den Anwesenden Rede und Antwort. Unter der Leitung von Vorstandsmitglied Christa Schweizer wird seit dem Frühjahr ein Didaktik- und Methodikkurs angeboten. Das Jahresprogramm 1994/95 sieht folgende Schwerpunkte vor: Mitgliederwerbung, Informations- und Weiterbildungsveranstaltungen, Instruktorforum, gesellige Anlässe. Im Anschluss an die Generalversammlung referierte Pius W. Knecht, ehemaliger IKRK- und UNO-Delegierter, zum Thema «Zivilschutz in der Realität». ▲

Der Vorstand hat ein attraktives Jahresprogramm erarbeitet.



FOTO: ZVG



LUZERN

Blick in das Innenleben
der Zivilschutzanlage Sonnenberg

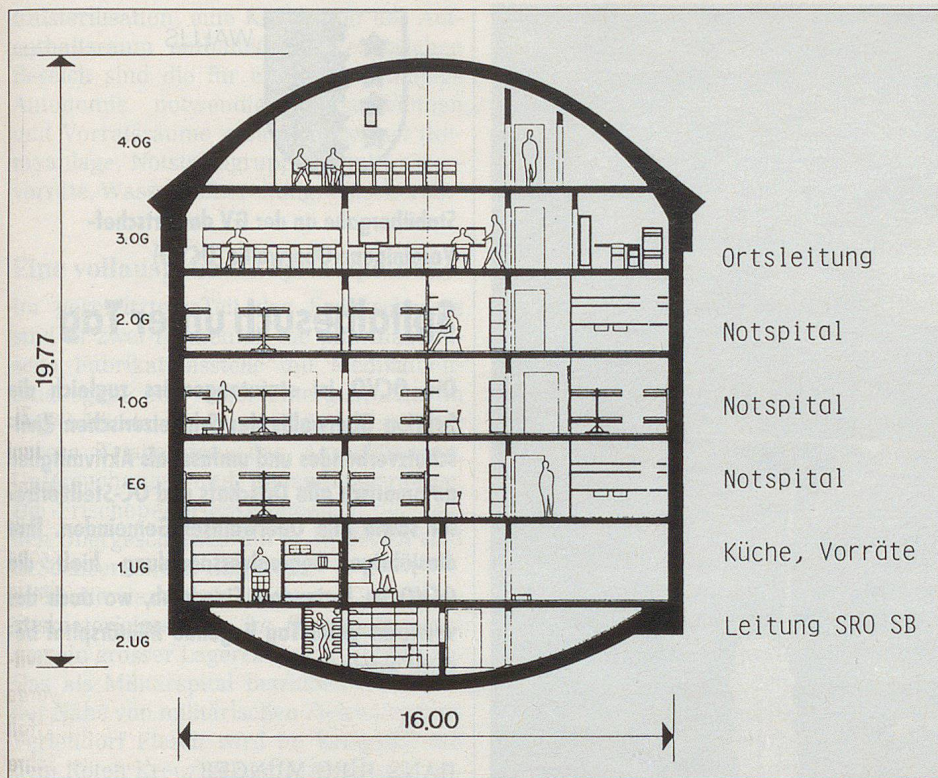
Schutzplätze für 17 000 Personen

Zu einer faszinierenden Exkursion lud der Zivilschutzverband des Kantons Luzern im Juni ein. Auf dem Programm stand ein Rundgang durch die Zivilschutzanlagen des Sonnenbergtunnels, der im Notfall 17 000 Menschen Schutz und Obdach bietet. Als ein «Fossil» in der gesamten schweizerischen Grossschutzraumplanung bezeichnete der Luzerner Zivilschutzchef Hermann Suter die Anlage, wurde sie doch ausschliesslich für den Konfliktfall gebaut. Obwohl sie allmählich in die Jahre kommt, befindet sie sich in einem einwandfreien Zustand.

EDUARD REINMANN

Ende der sechziger Jahre wies die Stadt Luzern noch ein beträchtliches Schutzraumdefizit aus, das auf den grossen Anteil von Altbauten ohne Schutzräume zurückzuführen ist. Mit dem Bau des Nationalstrassentunnels N2 durch den Sonnenberg ergab sich die Chance, das Tunnelbauwerk dem Zivilschutz nutzbar zu machen und die damals auf 20 600 Schutzplätze ausgelegte grösste Zivilschutzanlage der Schweiz zu realisieren. Dies bei Anmarschwegen von maximal 1000 bis 1500 Metern (im Mittel sind es etwa 500 Meter) bis zu den Tunnelportalen.

Die Stadt Luzern fasste den kühnen Entschluss, in der Mitte des Tunnels über den beiden Tunnelröhren eine Zivilschutzkaverne mit sieben Stockwerken zu erstellen. Mit Kosten von 38,6 Millionen Franken wurde das Werk in den Jahren 1970 bis 1976 realisiert. Der Schutzgrad der Zivilschutzanlage beträgt 9 bar. Der geschützte Tunnelbereich von zweimal 1200 Metern wurde ursprünglich für 20 600 Personen disponiert und 1992 auf 17 000 Personen herabgesetzt. Die ZSO-Kaverne hat eine Höhe von 19,8 Metern, eine maximale Länge von 36,8 Metern und eine maximale Breite von 16 Metern. Drei Etagen nimmt das Notspital mit zwei Operationsräumen und 328 Sanitätsliegestellen ein, auf zwei Etagen sind die Versorgungseinrichtungen



Querschnitt durch die ZSO-Kaverne.

untergebracht, und weitere zwei Etagen enthalten den Sektor-Kommandoposten und den Kommandoposten für die Tunnelleitung. Zwischen den Tunnelröhren befindet sich die Lüftungszentrale Mitte. Nebenbauwerke sind der Lüftungsschacht Mitte, die Wasserfassungen für Kühl- und Trinkwasser, der Zugangsstollen zur Lüftungszentrale Mitte, die vier Abschlussstore der Tunnelröhren und die zwei Umgehungsschleusen als Haupteingänge vom Nord- und vom Südportal her.

Gewaltige Panzertore

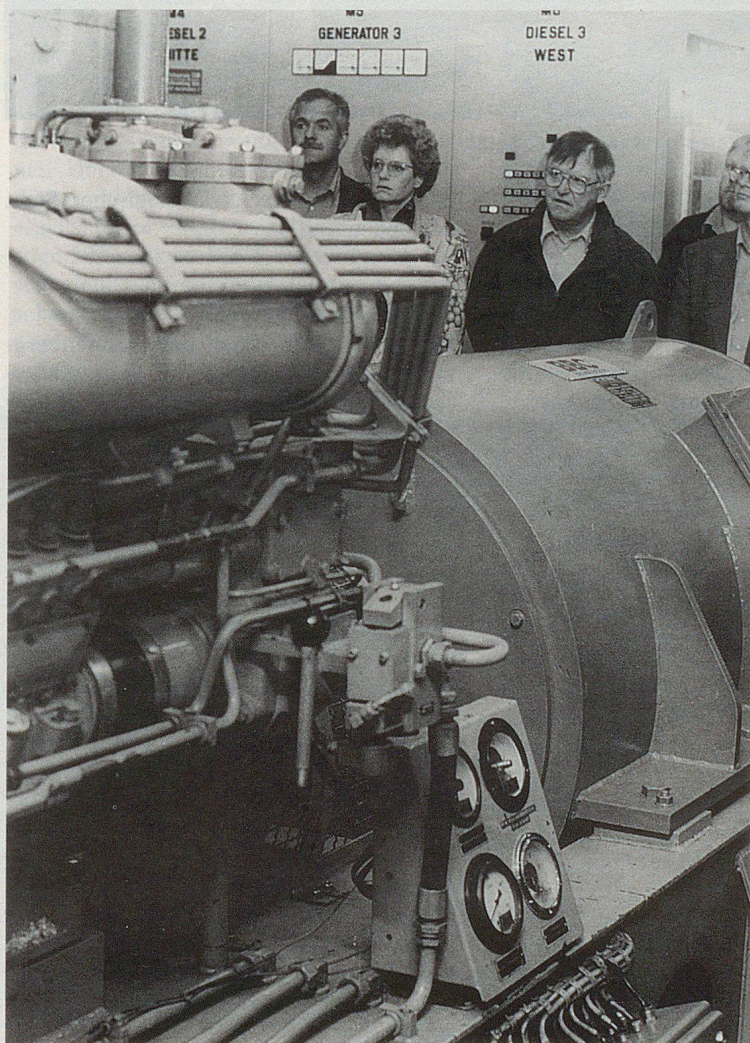
Für die Konstruktion der verschiedenen Abschlussstore waren umfangreiche Berechnungen und Experimente erforderlich. Für die Tunnelabschlüsse wurden Betonbogentore von 1,5 Meter Dicke und 350 000 Kilogramm Masse konstruiert. Sie sind auf den Luftstoss einer Ein-Megatonnen-Atombombe in einem Abstand von rund einem Kilometer vom Tunnelportal bemessen. Die durch Plattendruckversuche im Tunnel ermittelte Elastizität des Bogens selbst sind in der Schwingungsrechnung berücksichtigt worden. Der grosse für die Tunnelbelüftung notwendige Schacht mit einem Durchmesser von 6,5 Metern ist am Schachtfuss mit einem Bombenauffang-Trichter versehen. Der kurze horizontale Verbindungsstollen zur Lüftungskaverne wird für den Zivilschutzbetrieb mit einem kugelschalenförmigen Stahlbetontor abgeschlossen.

Als Schleusentore in den Umgehungsstollen dienen Plattenschiebetore. Das sind armierte Stahlbetonplatten mit Chromstahlrahmen, dynamisch bemessen auf einen reflektierten Spitzenüberdruck von 50 bar.

Vorsorglicher Bezug

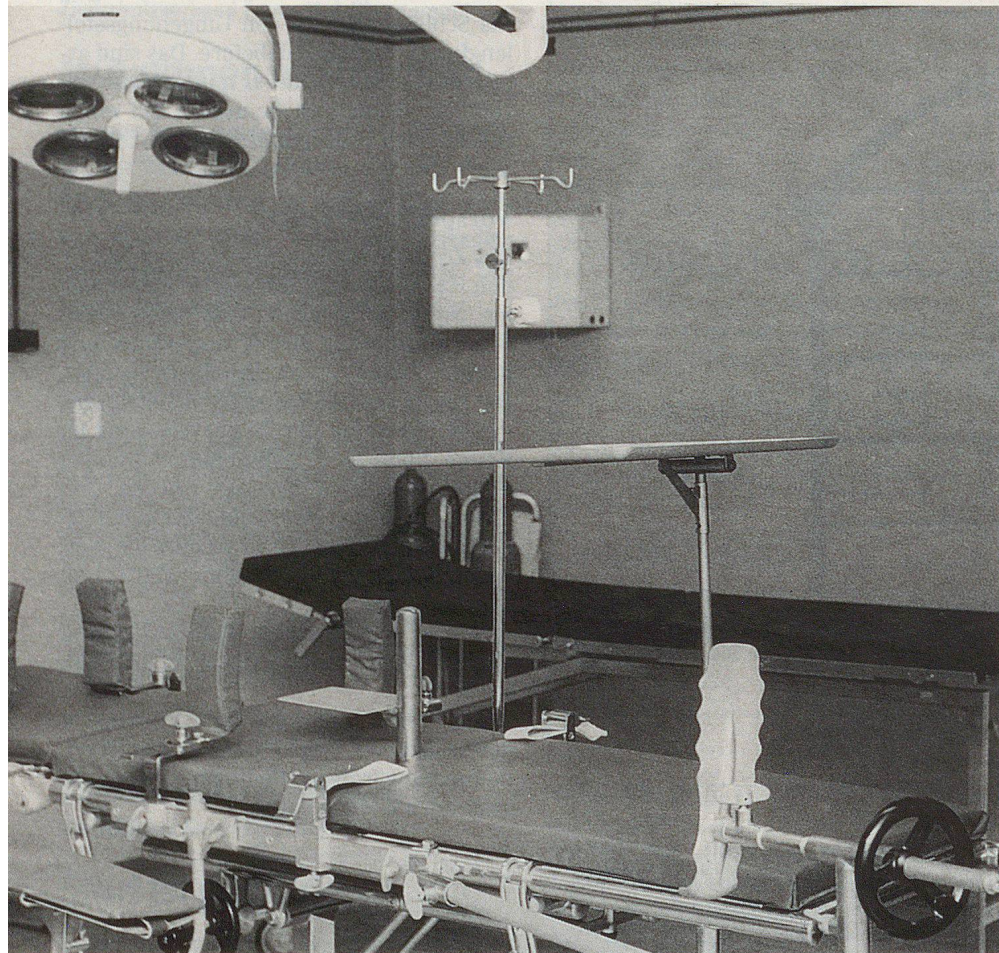
Die Zivilschutzanlage Sonnenberg hat einen Haken. Nahezu das ganze Material ist im Notspital gelagert und muss beim Schutzraumbezug zuerst ausgeräumt und in den Tunnelröhren installiert werden. Die modernen Waffenträger machen eine direkte Warnung der Zivilbevölkerung im Kriege unmöglich. Schutzräume müssen daher vorsorglich bezogen werden. Auf diesen Tatsachen und Grundsätzen des Zivilschutzkonzeptes 71 (!) basiert die Notwendigkeit, das Überleben im Schutzraum so zu gestalten,

- dass er in der Vorangriffsphase bezogen werden kann und tatsächlich bezogen wird;
- dass ein Aufenthalt im Schutzraum auch nach dem Angriff unter erträglichen, menschenwürdigen Bedingungen durchgestanden werden kann.



Drei mächtige Dieseldiesengeneratoren sichern die Stromerzeugung.

FOTOS: E. REINMANN



Blick in einen der Operationssäle im Notspital.

Unter diesem Aspekt ist das Sonnenberg-Konzept auch heute noch vertretbar. «Wir müssen uns dennoch etwas einfallen lassen, damit das Notspital vom Schutzraumeinrichtungsmaterial entlastet wird», sagte Hermann Suter. Er sieht auch eine mögliche Lösung, indem durch die Reduktion im Sanitätsdienst die Chance besteht, das Notspital auf eine Sanitätshilfsstelle zu reduzieren, womit Lagerplatz frei würde.

Ein Quadratmeter Bodenfläche

Der Sonnenbergtunnel ist durchaus für eine längere Bezugsdauer eingerichtet. Zum einen sind die technischen Einrichtungen wie Strom- und Energieversorgung, Klima, Lüftung und Heizung, Kommunikation und Verbindungen, Haustechnik sowie die Tore und Abschlüsse auch heute noch in einem ausgezeichneten Zustand. 70 Eingeteilte sind für Unterhalt und Betrieb verantwortlich, und die Stadt Luzern lässt sich den Unterhalt jährlich rund 400 000 Franken kosten.

Bei einem Schutzraumbezug steht pro Person ein Quadratmeter Bodenfläche für Aufenthalt und Schlafen zur Verfügung. Bei dreistöckigen Liegestellen verbleibt noch ein beträchtlicher Bewegungsraum,

der vor allem aus psychologischer Sicht von Bedeutung ist.

Was zu bedenken ist

Wenn Hermann Suter den Sonnenbergtunnel als ein «Fossil» im Grossschuttraumbau bezeichnet, meint er damit dessen Abstützung auf das Zivilschutzkonzept 71, welches das kriegerische Ereignis in den Mittelpunkt der Überlegungen und Massnahmen stellte. Heute würde eine solche Anlage wohl kaum mehr gebaut. Es stellt sich jedoch die Frage, ob unbedingt ein kriegerisches Ereignis Auslöser für einen vorsorglichen Schutzraumbezug sein muss. Auch andere Katastrophenszenarien sind durchaus denkbar. Gemeint ist zum Beispiel ein drohender Meteoriteneinschlag. Weshalb sollte auf der Erde nicht möglich sein, was sich ab dem 16. Juli auf dem Jupiter ereignete? Und durchaus noch nicht «vom Tisch» ist die Möglichkeit eines Supergaus in einem der maroden Atomkraftwerke der ehemaligen Oststaaten. Tschernobyl war ein Warnzeichen. Wer zudem die derzeitige politische Entwicklung in Europa verfolgt, wird auch künftige kriegerische Ereignisse nicht ausschliessen. ▀



WALLIS

Stabübergabe an der GV der Ortschef-Vereinigung Oberwallis (OCVO)

Spitalbesuch unter Tag

Die OCVO ist statutengemäss zugleich die Sektion Oberwallis des Schweizerischen Zivilschutzverbandes und umfasst als Aktivmitglied automatisch alle Ortschefs und OC-Stellvertreter sowie alle Oberwalliser Gemeinden. Ihre diesjährige Generalversammlung hielt die OCVO im Feriendorf Fiesch ab, wo auch das versteckt unter Tag liegende Militärspital besucht wurde.

HANS JÜRIG MÜNGER

Das bestens ausgerüstete Feriendorf Fiesch, in ruhiger Lage auf 1043 Meter über Meer, umringt von prächtigen Nadelbäumen, empfing am 20. Mai die zahlreichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer der OCVO-Jahresversammlung 1994 in Fiesch. Nach kurzer Begrüssung durch den Präsidenten der Ortschefvereinigung, Erwin Imboden, sowie den Chef der organisierenden ZSO Fiesch, Martin Imhasly, wurde zuerst ins danebenliegende unterirdische Militärspital disloziert.

Nicht nur für Militärpersonen

Dr. Paul Horrisberger, stellvertretender Armeepoetheker, kennt «seine» Militärspitäler im Land herum bestens. So war er denn auch der kompetente und um keine Antwort verlegene Führer durch das 1972 in Betrieb genommene viergeschossige Spital Fiesch, das im Kriegsfall als Endbehandlungsstelle für Verwundete und Kranke dient. Zudem erfüllt es eine wichtige Aufgabe im Rahmen des umfassenden Sanitätsdienstes, indem es in Katastrophen auch Zivilisten beherbergt. Das unterirdisch angelegte Spital umfasst den Operationsbereich, die Zentralsterilisation und die technischen Räume. Im ersten sogenannten Element befinden sich der Gipsraum, die Röntgenstation und das Laboratorium. Der chirurgische Teil, bestehend aus zwei Elementen, enthält zwei Doppeloperationssäle, einen Vor- und Nachbehandlungsraum und Nebenräume. In einem weiteren Element sind die Zen-

tralsterilisation, eine Küche und der Aufenthaltssaal enthalten. Im technischen Bereich sind die für eine vierzehntägige Autonomie notwendigen Installationen und Vorratsräume zusammengefasst (Klimaanlage, Notstromgruppe, Trinkwasservorräte, Wasseraufbereitung, Wäscherei).

Eine vollausgebaute Spitalapotheke

Im geschützten Teil des Erdgeschosses sind in zwei Elementen die pharmazeutische Fabrikationsstelle mit Medikamentenausgabe und -lager untergebracht. Im ungeschützten Parterreteil finden sich der grosse Triageraum, das Ambulatorium, Untersuchungs- und Behandlungsräume. Die Frischoperiertenstationen in den beiden Obergeschossen mit je 36 Betten sind in Sechserzimern aufgeteilt.

«Für die dezentrale Lagerung von Sanitätsmaterialreserven im Oberwallis steht uns ein grosser Lagerraum zur Verfügung. Das als Militärspital betriebene, nicht in der Nähe von militärischen Zielen liegende Feriendorf Fiesch wird im Kriegsfall mit dem Roten Kreuz gekennzeichnet und unter den Schutz der Genfer Konvention gestellt», beschloss Paul Horrisberger seine vielbeachteten Ausführungen.

Von Erwin Imboden zu Emerich Venetz

OCVO-Präsident Imboden freute sich über die Präsenz von über 50 Personen, darunter als Gäste der Walliser Departementvorsteher und Staatsratspräsident Richard Gertschen, der Chef des kantonalen Amtes für Zivilschutz, David Schnyder, Gemeinderat Karl Bürcher aus Fiesch sowie Vizepräsident Hildebert Heinzmann vom Bun-

desamt für Zivilschutz. Sie alle richteten Gruss- und Dankesworte für das arbeitsreiche vergangene Geschäftsjahr aus. Hildebert Heinzmann gab in einem Referat zudem einen Überblick über die hängigen Geschäfte des Bundesamtes sowie die neusten Drohungen aus dem rot-grünen Lager, dem Zivilschutz einmal mehr die Finanzmittel zu kürzen. Den Dank des SZSV-Zentralpräsidenten Ständerat Robert Bühler sowie der Geschäftsleitung des Dachverbandes überbrachte der Verfasser dieses Berichts.

In seinem Jahresbericht konnte Präsident Imboden auf die gute Zusammenarbeit mit der französischsprachigen Sektion Unterwallis bei der Herstellung des in zwei Sprachen existierenden Walliser Zivilschutz-Videofilms hinweisen. Der Film wurde den GV-Besuchern gleich vorgeführt und als gut gelungenes Werk bezeichnet.

Erwin Imboden erinnerte daran, dass zahlreiche Angehörige der OCVO 1993 in Brig und dem Saastal kräftig Hand bei den Rettungs- und Aufräumarbeiten nach der Überschwemmungskatastrophe angelegt hatten. Die Abonnentenzahlen der Fachzeitschrift «Zivilschutz» stiegen dank kräftiger Werbeanstrengungen des Vorstands im OCVO-Gebiet erneut an. Mit schön gestalteten Pins in zwei Grössen konnte und kann die Vereinigung nicht nur Werbung für sich betreiben, sondern auch noch einen kleinen Gewinn erwirtschaften. Der Einzelmitglieder-Beitrag, einschliesslich «Zivilschutz», beträgt auch für 1994 günstige 30 Franken. Für 1994 sind noch verschiedene weitere Veranstaltungen vorgesehen, die unter anderem zusammen mit dem Unterwallis durchgeführt werden sollen.

Unter Traktandum 10 teilte Erwin Imboden seinen Rücktritt als Präsident mit. Er übergebe sein Amt einem ausgezeichnet prädestinierten Nachfolger, Ortschef Emerich Venetz aus Naters, meinte Imboden. Hierauf wurde Imboden mit grossem Applaus verabschiedet und Emerich Venetz einstimmig zum Präsidenten erkoren. Aus dem Vorstand traten drei weitere Herren aus, die ebenfalls den verdienten Dank erhielten. Dem OCVO-Vorstand gehören nun neben Emerich Venetz die Herren Hans-Peter Cathrein, Martin Imhasly, Urs Schläpfer, Stefan Schnyder, Albin Venetz und Walter Wirthner (Kassier) an.

Mit dem ausgezeichneten Abendessen aus der Feriendorf-Küche und der Aufforderung von Erwin Imboden, sich den 19. Mai 1995 für die nächste Generalversammlung in Ried-Brig zu notieren, schloss der abwechslungsreiche Abend. ▀



Erwin Imboden (r.) gratuliert E. Venetz zur ehrenvollen Wahl zum OCVO-Präsidenten.



Paul Horrisberger hat interessierte Zuhörer im unterirdischen Triageraum um sich.

FOTOS: H. J. MÜNGER